

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Dienstboten: Tageblatt Miela.
Numm. Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain,
des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Miela, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postleitzahl: Leipzig 21000.
Girokarte Miela Nr. 52.

Nr. 282.

Freitag, 3. Dezember 1920, abends.

73. Jahrg.

Fleischversorgung in der Woche vom 28. II. bis 4. 12. 1920.

Der Kommunalverband hat in der laufenden Woche
für Verloren über 6 Jahre 125 gr Fleischwaren,
für Verloren unter 6 Jahre 62 gr Fleischwaren
zugeschafft.

Auf Verteilung gelangen: Blut- und Leberwurstkonserve und Corned beef.

Die belieferung erfolgt nur insofern, als obige Menge nicht in Frischfleisch geliefert werden kann. Der Preis beträgt für

Corned beef	M. 8.85	für das
Leber- und Blutwurstkonserve	6.-	ausgewogene Pfund.

Großenhain, am 1. Dezember 1920.
948 b.V. Die Amtshauptmannschaft.

Butter betr.

Auf Anordnung des Wirtschaftsministeriums — Landeslebensmittelamt — ist wiederum für den hiesigen Bezirk eine Butterperiode vorgesehen. Es wird deshalb hiermit strengstens unterstellt, auf Abschnitt 46, gültig vom 6.—12. XII. Butter abzugeben. Als Ertrag kommen 50 gr Schmalz und auf die Krankenbutterkarten 62%, gr Schmalz zur Verteilung. Pfundpreis ist: 19 M.

Sämtliche Butter ist durch die Ortsammelstellen an die Haupsammelstellen zu leiten.

Großenhain, am 2. Dezember 1920.
186 d.V. Der Kommunalverband.

Brot- und Weißverjörgung.

Der Kommunalverband hat auf Grund von § 1 Absatz 2 der Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 26. Oktober 1920, Bereitstellung von Backwaren betr. — abgedruckt in Nr. 255 des Großenhainer, Nr. 252 des Mielaer und Nr. 127 des Blaiburger Amtsblattes — mit Zustimmung des Bezirksausschusses beschlossen, von einer Erweiterung des Weizenkleingebäck abzusehen, dafür aber, der obigen Bestimmung entsprechend, eine entsprechende Kürzung des abzugebenden Weißbrotzuges einzutreten zu lassen.

Es wird hierzu folgendes bestimmt:

1. Es dürfen bei der Entnahme von Weizengebäck auf die über 1 Pf. Roggenbrot lautenden Brotmarken statt bisher 400 gr, nur noch 350 gr und auf die über 100 gr Roggenbrot lautenden Brotmarken statt bisher 80 gr, nur noch 70 gr Weizengebäck abgegeben werden.

Der Ausdruck auf den für die am 6. Dezember beginnende Brotscheinreihe ausgetragenen Brotmarken ist bereits dementsprechend erlost.

2. Weißbrot darf nur in Stücken zu 70 gr eingetragen — in Form der Dreierbrote — daneben zweitellig — in Form der Bratzenbrot — hergestellt werden.

Die Backausbeute wird von 100 kg Weizenmehl auf 125 kg Weißbrot festgesetzt.

Es dürfen somit zu 1 kg Weißbrot höchstens 800 gr und zu einem Stück zu 70 gr höchstens 50 gr Mehl verwendet werden. Weizengebäck muss 2 Stunden nach Verlassen des Backofens das volle Gewicht — 10 Stück — 700 gr — haben.

3. Die vorstehenden Vorschriften treten mit dem 6. Dezember ds. Jg. in Kraft.

Zuwidderhandlungen werden auf Grund von §§ 80/81 der Reichsgesetzeordnung vom 21. Mai 1920 bestraft.

Großenhain, am 2. Dezember 1920.
1622 a. Der Kommunalverband.

Kirchliche Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 25. v. M. wird hiermit bekannt gegeben, daß die Kirchenvorstandswahl Sonntag, den 19. Dezember d. J.

Es scheiden aus die Herren Maier, Richter (Goethestraße 22), Vorarbeiter Freier (Schulstraße 14), Ausleher Rühne (Wabnhoferstraße 28), Rechtsanwalt Dr. Mende, Organist Scheller und Stadtbauamtmann Sichau.

Die Wiederholungen sind wieder wählbar.

Stimmberechtigt sind nur die männlichen und weiblichen Kirchengemeindemitglieder aus Miela, die in die Wählerliste eingetragen sind; für Poppitz und Bergendorf sind diesmal keine Kirchenwähler zu wählen. Die bis nach Vollziehung dieser Wahl eingeschlossene Wählerliste liegt vom 4. Dezember mittags 12 Uhr bis zum 17. Dezember mittags 12 Uhr in der Wartamtsschule werktags von 8—3 Uhr öffentlich aus.

Der Wahlanschluß des Kirchenvorstandes. Friedrich.

Wahlkarten-Ausgabe Sonnabend, den 4. Dezember 1920, von 9—11 Uhr norm.

im Gemeindeamt.

Weida bei Miela, am 3. Dezember 1920. Der Gemeindevorstand.

Brotkarten-Ausgabe Sonnabend, den 4. Dezember 1920, von 5—7 Uhr norm.

bei den Ausgabestellen.

Weida bei Miela, am 3. Dezember 1920. Der Gemeindevorstand.

Freibank Poppitz.

Sonnabend mittag von 12—2 Uhr Fleischverkauf, 7, kg 5 Mark.

Der Gemeindevorstand.

Schäferhündin,

auf den Namen Hertha hörend, entlaufen. Kennzeichen: gelbe Farbe mit schwarzen Ufern durchzogen, Vorderläufe gleich schwarz, unter der Brust schwarze Fiecke.

Vor Anlauf wird gewarnt. Nachricht erbittet und Belohnung für Wiedereinfangung

Gemeindeamt Gröba, Elbe.

Vertliches und Sachsisches.

Miela, den 3. Dezember 1920.

— Eisenbahn-Unfall. Gestern abend 6 Uhr stieg auf dem Bahnhofe Miela ein von Oschatz kommender Güterzug bei der Einfahrt auf eine Wagengruppe auf, wobei zwei Wagen des Güterzuges zerkrümmt wurden. Bedauerlicherweise wurden bei dem Unfall auch zwei Augesdienste verletzt. Verzögerliche Hilfe für die Verletzten war sofort zur Stelle; sie haben beide im "Städtischen Krankenhaus" Aufnahme gefunden. Über die Ursache des Unfalls sind die Erörterungen noch nicht abgeschlossen.

— Die Weihnachtsverkaufsausstellung auf antiken Bildern und Büchern in der Albertschule Miela ist nur noch Sonnabend und Sonntag (4. und 5. Dezember) geöffnet.

— Biederabend erster Dresdner Sänger. Die Mitglieder der Dresdner Sängers, Opernsängerin Elisabeth Rethberg und Opernsänger Frieder. Blasche geben am 13. Dezember im Hotel zum Stern einen Biederabend. Die Begleitung am Klavier liegt hierbei in den Händen des ersten Kapellmeisters der Staatsoper, Herrn Kutschbach. Auf diese Veranstaltung, die einen hohen Sondergenuss verspricht, sei schon heute besonders aufmerksam gemacht.

— Varieté-Vorstellung. Am Sonntag, den 5. Dezember auffiert die Dresdner Centralbücherei im Hotel Kronprinz. Außer dem Auftreten der Meister der akrobatischen Kunst, Arti und Mudie Laugier, und des beliebten sächsischen Komikers Paul Müller verzeichnet das Programm das Singspiel "Die Macht der Weihnachtsglocken". Nachmittags ist eine Kindervorstellung.

— Generalversammlung des Bürgervereins. Heute abend 8 Uhr findet im Vereinszimmer "Wettiner Hof" die Generalversammlung des Bürgervereins statt. Wer verweisen heraus auf dieser Stelle.

— Der Chemielicus des Vereins für Volksbildung und Kunstmüseum (Oberstudienrat Wörner) muß nächsten Sonntag und Dienstag ausfallen. Fortsetzung Sonntag, den 12. 12. und Dienstag, den 14. 12.

— Um die Väter von kleinen Gärten vor überräumlichen Nachfrageforderungen zu schützen, sind so genannte Nachtpreise festgelegt worden. Unter diese verschiedenen vielfach noch falsche Vorstellungen, besonders dann, wenn die Nachtpreise sehr verschieden hoch sind, es handelt sich bei den Nachtpreisen nur um BodenNachtpreise. Für die Umpflanzung, Waffen usw. müssen die Baulücken von Fall zu Fall festgelegt werden, ebenso wie auch die Höhe des Nachtpreises in jedem einzelnen Falle unter Berücksichtigung der Bodentiefe geregelt wird. Die Nachtpreise werden von den unteren Verwaltungsbehörden nach Anhörung von landwirtschaftlichen und gärtnerischen Sachverständigen festgelegt und sind mehr oder weniger bindend für Väter und Mütter. Ob den meisten Fällen werden die tatsächlichen Verhältnisse zu entsprechen haben, ob ein Bedenkstein zur Festlegung von Nachtpreisen vorliegt. Entsprechende Anträge sind bei den unteren Verwaltungsbehörden zu stellen. Als solche gelten die Amtshauptmannschaften, in Städten mit residierter Städteordnung der Stadtteil. Bei ersteren sind Anträge durch die Gemeinde einzureichen. Die ausführenden Organe dieser Behörden sind die Eingangsämter als Nachfragebestimmter. Diese müssen zur Hälfte dem

Reichs der Kleingärtner, zur Hälfte dem der Grundstückseigentümer angehören. Die höhere Instanz ist die Kreishauptmannschaft. Mitgeteilt vom Auskunft für Kleingärtnerbau der Sächsischen Centralstelle für Wohnungsförderung, Dresden-Altstadt, Augusteumstraße 1, II. (Sprechstunden: Jeden Mittwoch und Freitag von 9—2 Uhr.)

— Der Religionsunterricht in Sachsen. Ans der Staatskanzlei schreibt man uns: "Die Reichsregierung bestätigt über den Religionsunterricht in den Volksschulen ist der Selbstlichkeit bereits bekannt. Die Reichsverfassung schreibt als Regel die allgemeine und simultane Volksschule vor und bestimmt, daß in dieser der Religionsunterricht ordentliches Lehrbuch ist. Daneben steht sie als Ausnahmen Bekennnisschulen und weltliche religioununterrichtslose Schulen vor, über deren Einrichtung ein sämiges Reichsgesetz Näheres bestimmen soll. Das einige Wochen vor dem Inkrafttreten der Reichsverfassung erlassene Sachsische Übergangsgesetz für das Volksschulwesen wollte die weltliche Schule, in der grundsätzlich kein Religionsunterricht erteilt wird, für das ganze Land allgemein einführen; der Religionsunterricht sollte nur noch bis zum 1. April 1920 weiter erteilt werden. Der Beschluss der Mehrheit des Sächsischen Volkskammer stand also in der Frage des Religionsunterrichtes bei den bestehenden Reichslagen zu bleiben habe, und die Abhängung des Religionsunterrichts in der Volksschule in Sachsen zur bestehenden Reichslage.

— Der Reichsverfassungsschule ist der Selbstlichkeit bereits bekannt. Die Reichsverfassung schreibt als Regel die allgemeine und simultane Volksschule vor und bestimmt, daß in dieser der Religionsunterricht ordentliches Lehrbuch ist. Daneben steht sie als Ausnahmen Bekennnisschulen und weltliche religioununterrichtslose Schulen vor, über deren Einrichtung ein sämiges Reichsgesetz Näheres bestimmen soll. Das einige Wochen vor dem Inkrafttreten der Reichsverfassung erlassene Sachsische Übergangsgesetz für das Volksschulwesen wollte die weltliche Schule, in der grundsätzlich kein Religionsunterricht erteilt wird, für das ganze Land allgemein einführen; der Religionsunterricht sollte nur noch bis zum 1. April 1920 weiter erteilt werden. Der Beschluss der Mehrheit des Sächsischen Volkskammer stand also in der Frage des Religionsunterrichtes bei den bestehenden Reichslagen zu bleiben habe, und die Abhängung des Religionsunterrichts in der Volksschule in Sachsen zur bestehenden Reichslage.

— Die 64. Gesamtausstellung des Landesfussballverbandes findet am 6. und 7. ds. Wk. im Sporthalle des Landeskultursitzes Sidonienstraße 14 statt.

— Die deut. nationale Volksparade wird am Montag nachmittag im Ständehaus in Dresden eine Sitzung abhalten, um über die Räumerverteilung und Regierungsbildung zu beraten.

— Gebrauchsmittel aus Baut. Der Reichsrat hat die Prüfung von weiteren 20 Millionen Mark an Bauspargeldern aus Baut genehmigt.

— Eine Warnung des sächsischen Wirtschaftsministeriums. Von Lebensmittelamt wird geschrieben: Wer frischfischlich im Kleinhandel feilhält, ist zum Ausschlag eines Preisabschlags für die verarbeiteten Fleischwaren und -sorten verpflichtet. Ferner hat jeder, der Lebensmittel aller Art, insbesondere auch Fleisch und Wurst, verlaufen, Preisabschlag, Preisabschlag an der Ware anzubringen. Diese Vorrichtungen werden noch immer nicht überall beachtet. Sie sollen jetzt mit erhöhtem Nachdruck durchgeführt werden.

— Das Besinden des Bischofs Dr. Löbmann in Bautzen ist nach wie vor besorgniserregend. Gestellt wurde, daß ein Schlaganfall nicht eingetreten ist, doch schwachen schweren Herzkrämpfe den Patienten sehr. Unruhige Nächte gehörten an der Krise des Bierundseitigen.

— Die Regierungsbildung in Sachsen. Die Verhandlungen zwischen den Landesvorständen und Fraktionen der Rechts-Undabhängigen und Wehrheitsparteien haben gestern zu einer Einigung geführt. Die Besprechungen gelten als unverbindlich. Die Frage der Ministeriumsbelastung wurde dabei ausgeschieden. Es wurde

sächsischen Volksschulen. Eine erst für einen späteren Zeitpunkt vorgesehene Änderung kann nicht als dreijährige Reichslage angesehen werden, die nach jenem Artikel vorläufig weiter maßgebend sein soll; das würde dem Zweck dieler Übergangsbestimmung widersprechen. Durch die Entscheidung des Reichsgerichts ändert sich für Sachsen praktisch zur Zeit nichts; die vom sächsischen Kultusministerium erlassenen Verordnungen über den Religionsunterricht müssen in Geltung bleiben.

— Landwirtschaftliche Wandausstellung in Leipzig. Auf Einladung der deut. Landwirtschaftsgesellschaft wurde gestern nachmittag im Kaufhaus für Juli 1921 in Leipzig geplanten 2. Deutschen landwirtschaftlichen Wandausstellung abgehalten. Die sächsische Staatsregierung war durch Ministerialdirektor Geheimer Rat Dr. Höbel vertreten. Nach einer Begrüßungsansprache des Überbürgermeisters Dr. Rothe gab der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft Dr. Wiel eine allgemeine Übersicht über die Bedeutung der Landwirtschaft und über die früheren Ausstellungen, während der Reichs-Minister Weyerstorff a. D. Mayer-Schulburg auf die künftige Ausstellung im befreiten einging. Er betonte dabei u. a., daß eine Großausstellung bestimmt noch nicht möglich sei und daß hauptsächlich Kleinvieh und Getreide, sowie vor allem landwirtschaftliche Maschinen ausgestellt werden sollen.

Beide Redner hoben den großen wirtschaftlichen Wert dieser Ausstellung hervor. Im Anschluß an die landwirtschaftliche Woche sollen Ausläufe durch ganz Sachsen unternommen werden.

— Die 64. Gesamtausstellung des Landesfussballverbandes findet am 6. und 7. ds. Wk. im Sporthalle des Landeskultursitzes Sidonienstraße 14 statt.

— Die deut. nationale Volksparade wird am Montag nachmittag im Ständehaus in Dresden eine Sitzung abhalten, um über die Räumerverteilung und Regierungsbildung zu beraten.

— Gebrauchsmittel aus Baut. Der Reichsrat hat die Prüfung von weiteren 20 Millionen Mark an Bauspargeldern aus Baut genehmigt.

— Eine Warnung des sächsischen Wirtschaftsministeriums. Von Lebensmittelamt wird geschrieben: Wer frischfischlich im Kleinhandel feilhält, ist zum Ausschlag eines Preisabschlags für die verarbeiteten Fleischwaren und -sorten verpflichtet. Ferner hat jeder, der Lebensmittel aller Art, insbesondere auch Fleisch und Wurst, verlaufen, Preisabschlag, Preisabschlag an der Ware anzubringen. Diese Vorrichtungen werden noch immer nicht überall beachtet. Sie sollen jetzt mit erhöhtem Nachdruck durchgeführt werden.

— Das Besinden des Bischofs Dr. Löbmann in Bautzen ist nach wie vor besorgniserregend. Gestellt wurde, daß ein Schlaganfall nicht eingetreten ist, doch schwachen schweren Herzkrämpfe den Patienten sehr. Unruhige Nächte gehörten an der Krise des Bierundseitigen.

— Die Regierungsbildung in Sachsen. Die Verhandlungen zwischen den Landesvorständen und Fraktionen der Rechts-Undabhängigen und Wehrheitsparteien haben gestern zu einer Einigung geführt. Die Besprechungen gelten als unverbindlich. Die Frage der Ministeriumsbelastung wurde dabei ausgeschieden. Es wurde

Beilage zum „Riesaer Tageblatt“.

Redaktion und Verlag: Bonger & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhnel, Riesa; für Umschau: Wilhelm Dittrich, Riesa.

J. 282.

Freitag, 3. Dezember 1920, abends.

73. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 2. Dezember.

Fortsetzung der 2. Sitzung des Reichswirtschaftsministeriums.

Abg. Simon-Franken (Unabh.):

Sein Fraktionskollege Hugo habe einen gewissen Überfluss an Gold in Paris nicht bestreiten wollen. Gestützt auf Angaben aus französischen Arbeiterkreisen, baten wir nur bedauert, daß im übrigen Frankreich großer Goldmangel herrsche. Das man hier noch den Mut habe, für den freien Handel einzutreten, trotz der bösen Erfahrungen mit dem Verschleppungswesen, nimmt mich wunder. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft habe geradezu ruinös gewirkt. Abg. Hugo habe am wenigsten Anlaß, hier den Wind aufzutun. Er habe sich laut einer Mitteilung des „Berliner Tageblatts“ 50000 Mark vom Verbandsverband für Propagandazwecke auszahlen lassen und dabei sein Verdienst um die Aufhebung der Zwangswirtschaft sie Leder ausdrücklich betont. Diese 50000 Mark stammten aus dem Fonds des Reichslederhandelsgelehrten und waren dazu bestimmt, die Preise für das Schuhwerk herabzuführen. Auch scheint sich das Reichswirtschaftsministerium an einem Hort der Reaktion auszuwählen, wie die Ankündigung zahlreicher Adliger beweist. Auch für den Wasserkunst in der Nordsee sind nicht etwa arbeitslose Seeleute herangezogen worden, sondern die reaktionären ehemaligen U-Boottruppen, und das macht ein Mann, der uns als Nachkämpfer empfohlen werden ist. Die Privatwirtschaft hat uns ins Elend gebracht. Nur die Sozialisierung kann uns helfen und da will man die Sozialisierungskommission austößen. Die Arbeiter lassen sich nicht mehr vertreten.

Abg. Oernreiter (Dyre. Vo.):

verlangt Unruhe, wie es mit der Benzin- und Benzinswirtschaft steht, betont die Knappheit der Vorräte und fragt über die hohen Preise. Die Interessen des Verbrauchers müssen allen anderen Rücksichten vorangehen.

Abg. Hamm (Dem.):

Wie leben tatsächlich wie unsere Industrie unter dem Goldmangel? Lebt und speziell Bauen hat Grund zur Klage. Süddeutschland verlangt deshalb eine größere Wirtschaftlichkeit des Transportwesens. Die Zwangswirtschaft ist überlebt. Frei sind wir deshalb aber noch nicht geworden. Wie hängen vom Weltmarkt ab. Das Reichswirtschaftsministerium muß eine Stelle schaffen, die Beobachtungen anstellt, zu gegebener Zeit einschreitet und auch die Preisbildung beeinflusst. Ledner begründet sodann den von seinem Fraktionskollegen Bartholomä eingebrochenen Antrag, daß der Reichswirtschaftsminister sich zu enger Verbindung mit dem Handwerk und Gewerbe die ständige Mitarbeit eines sachkundigen Mannes an den Kreisen des Handwerks und Gewerbes sichert. Dem Antrag Trimborn (Cent.), der eine Stelle schaffen will, die einen Überblick über alle erforderlichen Beobachtungen des Reiches erhalten und für eine gerechte Verteilung auf die einzelnen Wirtschaftsgebiete sorgen soll, stimme ich zu, nicht aber dem sozialdemokratischen Zusatzantrag, daß diese Stelle auch Aufträge zu verabreichen haben soll. Hierin würde ich die Gefahr einer zu großen Zentralisierung sehen.

Reichswirtschaftsminister Scholt:

Die Behauptung, daß der Abgeordnete Hugo aus den Akten der Reichslederseite 50000 Mark erhalten habe, stimmt nicht. Vielleicht handelt es sich um die Reichslederhandelsgesellschaft oder die Ledergroßhandelsgesellschaft, der Abgeordneter Hugo als Syndikus angehört. Eine Reichsstelle ist jedenfalls daran nicht beteiligt. Er habe bereits im Ausdruck dargelegt, daß auf nahezu 600 Angestellte seines Ministeriums insgesamt 15 adlige entfielen. Die Anregung sei vom Wirtschaftsrat ausgegangen. Er habe demgegenüber erklärt, daß er dieser Anregung nicht ohne weiteres willfahren könne. Den Antrag Bartholomä verstehe er nicht, da er nicht glaube, daß er ohne Vermehrung der Beamtenzahl durchführbar sein werde. Der Antrag Trimborn entspreche den Grundsätzen des Reichswirtschaftsministeriums wie den Interessen der Länder. Der sozialdemokratische Zusatzantrag erscheine dagegen bedenklich.

Abg. Dr. Rieser (D. Vo.):

Der Abg. Simon habe keinen Beweis dafür erbracht, daß die Produktion unter dem freien Handel gelitten habe. Gerade das Gegenteil sei der Fall. Ledner protestiert gegen den unerhörten Angriff auf den Abg. Hugo, der wegen seiner Abwesenheit sich nicht wehren könne.

Abgeordnete Frau Dr. Büder (Dem.)

treibt für die Gleichberechtigung der Frauen in den berufständischen Organisationen ein.

Abg. Dr. Braun (Soz.):

bearbeitet den sozialdemokratischen Antrag, daß die geplante Stelle auch die Anträge des Reiches zu vergeben habe.

Abg. Simon (Unabh.):

Gedenkt habe Abg. Hugo bislang nicht bestritten, daß er die 50000 Mark als Prämie für die Aufhebung der Zwangswirtschaft erhalten habe und das sei der Kernpunkt.

Damit läuft die Generaldebatte. Abstimmungen können erst bei der 3. Sitzung erfolgen. Die Annahme des einzelnen Kapitels erfolgt ohne wesentliche Debatte.

Bei dem Votum der Sozialisierungskommission erinnern die Abg. Koch (Soz.) und Dr. Hergt (Unabh.) an die Verhandlungen des Zentrums und der Demokraten in der Sozialisierungsfrage. Mit der Angliederung der Sozialisierungskommission an den Wirtschaftsrat sei lediglich die Frage der Sozialisierung erledigt, denn der Reichswirtschaftsrat habe noch keine politische Arbeit geleistet. Der Reichswirtschaftsminister betont nochmals, daß die Anregung der Angliederung der Sozialisierungskommission an den Reichswirtschaftsrat aus dem Ausdruck komme. Er selbst habe wiederholter erklärt, daß er vor Entscheidung der Frage die Sozialisierungskommission selbstd hören wolle.

Bei dem Kapitel Ausdruck zur Prüfung des Geschäftsgebaren der Kriegsgesellschaften bespricht Abg. Krämer (Soz.) die Tätigkeit dieses Ausschusses. Der Ausschuss habe vor allem die Aufgabe, den zahlreichen Prozessen zwischen den Kriegsgesellschaften vorzugeben und dem Reich dadurch Millionen zu erlösen. Da fragt es sich, ob der Ausdruck überwumpt ein Entscheidungsrecht habe. Gedenkt habe er gegen jede Liquidation der Kriegsgesellschaften.

Hierauf wird die Sitzung auf Montag, den 6. Dezember, nachmittags 2 Uhr vertagt.

Der Marinehandel. Der Hauptausschuss des Reichstages beschloß bei der Sitzung des Marinehausbüros die Errichtung von 2 Konteradmiralen, einem Vizeadmiral, 1 Kapitän zur See und 6 Kapitäneleutnants. Dafür wurden 9 Stellen bei den Kapitäneleutnanteins hinzugesetzt sowie 4 Stellen bei den Oberleutnanteins.

Erläuterungen der Regierung. Der Reichsrat hat einer Reihe von Erläuterungen der Regierung zugestimmt.

Lebensmittelunruhen in Ostpreußen

Mangelhafte Brotversorgung.

Königsberg, 3. Dezember.

In Königsberg in Ostpreußen und Umgebung haben sich Lebensmittelunruhen statt. Die Demonstrationen, etwa 100 Personen, konnten zwar von der Landespolizei gestoppt werden, ohne daß es zu Ausschreitungen kam. Man befürchtet aber in den nächsten Tagen neue Unruhen wegen der mangelnden Brotversorgung. Im November sind für den Kreis Königsberg nur etwas mehr als 300 Tonnen Getreide zur Verteilung gekommen bei einem Bedarf von über 2000 Tonnen.

Die Bewegung unter den westdeutschen Beamten

Nach dem „Vorwärts“ laufen die Berichte aus dem Westen am heutigen Dienstag. Die Beamten von Frankfurt a. Main, Berlin, Koblenz und anderen Orten haben Aktionsausschüsse gebildet und wollen die Schließung der Tiefenwasserlager mit äußersten Mitteln durchsetzen, wenn die Bewilligung ihrer Forderungen bis zum 6. Dezember nicht erfolgt ist. Zur Deckung der Nöte schlagen sie vor: Preisabbau und Vermögenskonfiskation. Auch verlangen sie schärfste Durchsetzung der Steuerrechte gegen Kapitalisten, Kriegsgewinner und Millionenschleifer.

Gouverneur Palsha in Berlin.

Nach einer Berliner Meldung des „Echo de Paris“ hat die Reichsregierung Gouverneur Palsha, der sich seit einigen Tagen in Berlin befindet, ausgesondert, Deutschland zu verlassen.

Die Versprechungen Dr. v. Rohrs.

Die Reichsbundesminister Dr. Molentfeld, Unterleiter und Seidel richten folgende Anfrage an die Reichsregierung: Zeitungsnachrichten zufolge hat der bayerische Prä-

sidient von Jahr zurück in Berlin mit dem englischen Botschafter, mit dem Chef der französischen Mission, General Mollet, und mit der Reichsregierung über die bayerischen Einwohnerwehren verhandelt. Welche Auffassung vertrat Herr von Jahr in Bezug auf die bayerischen Einwohnerwehren? Welche Auffassung vertritt die Reichsregierung? Welches war das Ergebnis der Versprechungen des Herrn von Jahr 1. mit dem Chef der französischen Mission und 2. mit dem Chef der französischen Mission und 3. mit der Reichsregierung?

Die bayerische Einwohnerwehr bleibt.

Die „Münchner-Augsburger Abendzeitung“ gibt eine Meldung des „Echo de Paris“ wieder, wonach Frankreich hingegen der ihm von der bayerischen Regierung gegebenen Sicherungsvereinigung sich verpflichtet habe, seinen Truppen gegen die bestehenden bayerischen Einwohnerwehren fallen zu lassen. Das genannte Blatt macht diese Meldung zum Gegenstand eines Beitrags mit der Überschrift: „Die bayerische Einwohnerwehr bleibt!“

Die deutschen Viehabsicherungen.

Wie die „Voss. Zeitung“ aus landwirtschaftlichen Kreisen erzählt, haben die deutschen Verhandlungen mit der Reparationskommission über die Absicherungen deutlicher Ergebnisse gebracht. Die Beamten von Frankfurts a. Main, Berlin, Koblenz und anderen Orten haben Aktionsausschüsse gebildet und wollen die Schließung der Tiefenwasserlager mit äußersten Mitteln durchsetzen, wenn die Bewilligung ihrer Forderungen bis zum 6. Dezember nicht erfolgt ist. Zur Deckung der Nöte schlagen sie vor: Preisabbau und Vermögenskonfiskation. Auch verlangen sie schärfste Durchsetzung der Steuerrechte gegen Kapitalisten, Kriegs-

Zugeschichte.

Deutsches Reich.

Der Vergleich mit den Hohenzollern. Der Reichstag schluß der preußischen Landesversammlung nahm mit den Stimmen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten einen Antrag an, die Regierung zu erüben, in eine erneute Prüfung des Vergleiches mit den Hohenzollern einzutreten.

Der Kommunist Solt aus dem Majakowskiverbande ausgeschlossen. Wie der „Vorwärts“ erfährt, in der aus dem Elektroarbeiterverein bekannte Kommunist Solt auf Besuch des Hauptvorstandes aus dem Verband der Maschinisten und Heizer ausgeschlossen wurde.

Die Kosten des Mittellandkanals. Die Gesamtkosten, die für den Mittellandkanal angefordert werden, beläuft sich, wie der „Vorwärts“ schreibt, auf rund 400 Millionen Mark, nach dem heutigen Geldstand also mindestens 4 Milliarden Mark. Das sei gewiß eine große Summe, aber das Geld sei gut angelegt. Es werde den Verkehr gewaltig begünstigen und vielleicht mehr als wir jetzt ahnen, unsere Außenförderung fördern.

Ein Wachregiment Berlin. Am 1. Dezember ist der „Voss. Tag.“ aufgrund einer Verfügung des Reichswehrministers ein Wachregiment Berlin mit der Garde-Division ausgeteilt worden. Das Regiment, das aus 3 Bataillonen Reichswehrinfanterie, einer Kompanie Pionier, einer Batterie und einer Schwadron besteht, wird später in Berlin selbst garnisiert werden. Die Truppen sollen vierjährig wechseln, und aus allen Wehrkreislanden gewählt werden. Neben der früheren Brigade Döberitz soll das Regiment dem besonderen Schutz Berlins dienen.

Streik der Müller in Baden. Wie die Unterbadische Müllervereinigung, Sit. Mannheim, der neuen Badischen Landeszeitung mitteilt, hat sie wegen der strafrechtlichen Verfolgung ihrer Mitglieder beschlossen, vom 1. Dezember bis auf weiteres die Mühlhäuser zu schließen. Die anderen Verbände würden diesem Vorgehen demnächst folgen.

Verhaftungen im besetzten Gebiet. Der „Südwestdeutsche Arbeiterzeitung“ zufolge sind die Ortsgruppenleitungen der vereinten kommunistischen Partei und der linken USPD in Düsseldorf, Worms und Mainz letzte Woche von der französischen Besatzungsbehörde verhaftet worden. Als Grund wird kommunistische Propaganda im besetzten Gebiet angegeben.

Ein Heimatlandbund. Der Bund der Landwirte und der Deutsche Landbund hat sich zu einer gemeinsamen Organisation im Heimatlandbund zusammenge schlossen, der die Tätigkeit am 1. Januar 1921 beginnt.

Der Augsburger Zwischenfall. Wie die „Deutsche Allg.“ schreibt, traf in Berlin eine Kommission der Augsburger Garnison ein, die im Auftrag ihrer Kameraden, ohne den eingekreisten Untersturmführer vorgezogen zu wollen, beim Reichswehrminister und dem Reichspräsidenten darum eintrat, daß der Gregattenkapitän Heincke, ein ungewöhnlich tugider und sachlicher Mann, an den Augsburger Vorfällen völlig unbestraft war und seinerseits alles getan habe, um jeder Störung der Entente-Kommission vorzubürgern. Das sozialdemokratische Organ „Alte Liebe“ will zu dem Entzerrungswillen erjähren haben, daß im Wiederholungssalle die Besetzung Augsburgs durch Entente truppen erfolgen werde.

Auf der Bismarckstraße in Oberschlesien ist gestern früh die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen worden. Auch die Bialow-Hütte arbeitet wieder.

Eine angebliche deutsche Gehirnarmee. Unzutreffenden Nachrichten gegenüber, die der „Autonome“ über militärische Gehirnorganisationen in Deutschland gebracht hatte, wird in der „Deutschen Allg. Tag.“ festgestellt, daß es weder eine deutsche Gehirnarmee noch einen geheimen deutschen Generalstab gibt.

Erweiterung des Schnellzugsverkehrs zwischen Wien und Berlin. Von Sonnabend ab wird ein neuer Schnellzug über Wien-Passau-Regenburg-Leipzig nach Berlin und umgekehrt verkehren. Der neue Schnellzug wird von Wien um 4.30 nachmittags abfahren und in Berlin um 12.30 auf dem Anhalter Bahnhof ankommen. In der Gegenrichtung wird der neue Schnellzug Berlin 6.30 Uhr abends verlassen und am nächsten Tage 2.10 nachmittags in Wien eintreffen.

Eine 100prozentige Brotpreiserhöhung nicht in Aussicht. Infolge der Nachricht von der angeblich geplanten 100prozentigen Erhöhung der Getreide-, Fleisch- und Brotpreise hat die zuständige Kommission des Bayerischen Städtebundes in einer persönlichen Sitzung beim Landwirtschaftsministerium gegen diese Ansicht teilschriftlich protestiert und jede Wirkung des Bayerischen Städtebundes bei der Durchführung eines so entzerrlichen Planes abgelehnt. Inzwischen hat das bayerische Landwirtschaftsministerium eine Anfrage an den

